



Rede des Bürgermeisters zur Einbringung des Haushaltsentwurfs für 2024

Sitzung des Rates am 4. Dezember 2023

- Es gilt das gesprochene Wort -

Sehr geehrte Damen und Herren,

liebe Ratskolleg*innen,

Haushaltseinbringungen sind selten Stunden der Euphorie, aber diese Haushaltseinbringung ist geeignet, die vorweihnachtliche Stimmung deutlich zu trüben. Für die anwesenden Ratsmitglieder dürfte es nicht überraschend sein, denn die Verwaltung weist seit Monaten auf die sich entwickelnde dramatische Finanzsituation hin. Wir können es allenthalben auch aus anderen Kommunen in der Zeitung lesen. Der Städte- und Gemeindebund geht davon aus, dass 40 bis 60 Prozent der Kommunen in NRW in die Haushaltssicherung abrutschen könnten – leider befindet sich die Stadt Hennef bereits seit 2016 in einer solchen.

Deshalb vorweg die Zahlen:

Der Haushaltsentwurf weist im Ergebnisplan 171,7 Mio. Euro ordentliche Erträge und 177,3 Mio. Euro ordentliche Aufwendungen und damit verrechnet mit dem Finanzergebnis von minus 2,97 Mio. Euro und einem globalen Minderaufwand von 3,55 Mio. Euro ein Defizit von 5,04 Mio. Euro aus. Dieses Defizit setzt sich in der mittelfristigen Finanzplanung fort. Also auch im Jahr 2025, in dem wir gesetzlich verpflichtet sind, mit einem ausgeglichenen Haushalt die Haushaltssicherung zu verlassen. Der Entwurf ist in dieser Form daher nicht genehmigungsfähig.



Wie kommt es dazu?

Die allgemeine Kostenentwicklung schlägt in fast allen Bereichen voll auf den städtischen Haushalt durch. Allein der inflationsbedingt hohe Tarifabschluss für die Beschäftigten, der sicherlich auf die Beamten übertragen werden wird, sorgt für rund 4,8 Mio. Euro Mehraufwand ab 2024.

Die benötigten Personalaufwendungen steigen zudem durch das etablierte Fachkräfte-Recruiting. Hier sei nur auf die erfolgreiche Werbekampagne für Kita-Personal hingewiesen, durch die rund 30 vakante Stellen besetzt werden konnten und weitere noch zu besetzen sind. Dies ist eine gute Nachricht für die Betreuungssituation in den städtischen Kitas, sorgt aber für einen deutlich gestiegenen Finanzbedarf allein im Kindergartenbereich von über 3,3 Mio. Euro für Nachbesetzungen, aber auch Tariferhöhungen und einzelne Neubesetzungen.

Sie sehen, schon durch diese Punkte ist das erwähnte Defizit erreicht, das im letzten Jahr noch mit 1,8 Mio. Euro kalkuliert wurde. Es sind aber nicht die einzigen:

- Jeder Platz in Kita und Ganztage, den wir nach gesetzlicher Verpflichtung schaffen, vergrößert das Defizit im Haushalt. Hinzukommen die Tarifsteigerungen auch bei den freien Trägern für Kita und OGS mit einem Mehrbedarf von rund 780.000 Euro. Im Bereich der Kinderbetreuung vergrößert sich das Defizit allein um 3,1 Mio. Euro.
- Die Aufwendungen für die sozialpädagogische Hilfen steigen weiter um 3,71 Mio. Euro rasant an, ohne dass sie von uns steuerbar wären. Einzelne (!) Fälle verursachen jährliche Kosten von bis zu 700.000 Euro.
- Die Kosten für weitere Digitalisierungserfordernisse und IT-Sicherheit angesichts von Cyberangriffen steigen.



- Beiträge der Stadt in vielen Bereichen steigen, wie etwa zur Aufgabenbewältigung für den Wasserverband.
- Bei der Unterbringung von geflüchteten Menschen rechnen wir im nächsten Jahr mit weiter steigenden Aufwendungen.
- Und allein 3,7 Mio. Euro waren in der Finanzplanung für 2024 noch in der Bilanzierungshilfe in Folge der Corona- und Ukraine-Krise (NKF-CUIG) vorgesehen, die durch die Landesregierung - anders als angekündigt - bereits 2024 beendet wird.

Man lässt uns einmal mehr im Regen stehen und nimmt uns dann auch den letzten Regenschirm noch weg.

Im Ältestenrat hatten wir bereits im Spätsommer eine Aufstellung unabweisbarer Mehrkosten infolge der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Situation vorgelegt, die bei rund 12 Mio. Euro lagen. Wir haben in der Folge noch einmal massiv im Haushaltsentwurf gekürzt, Ansätze reduziert, Projekte verschoben und angemeldete Bedarfe hinterfragt. Und selbst konstante Haushaltsansätze bedeuten durch die Preissteigerungen in der Realität eine Leistungsreduktion. Mein Dank gilt hier vor allem der wie immer professionell arbeitenden Kämmerei, die im Moment eine der schwersten Aufgaben in der Verwaltung übernehmen muss.

Wir haben, wie in den Vorjahren auch, die Personalausgaben reduziert, in der realistischen Erwartung, dass nie alle Stellen des Stellenplanes – obwohl sie erforderlich sind - ganzjährig besetzt werden können. Allerdings ist diese Reduzierung durch das erfolgreiche Recruiting von Personal deutlich geringer als in den Vorjahren.

Wir nutzen zudem erstmals die Möglichkeit des globalen Minderaufwandes, der durch das laufende Gesetzgebungsverfahren zum 3. NKFVG NRW im Land auf 2 Prozent der Aufwendungen angehoben werden soll. Das bedeutet, dass in Summe 3,55 Mio. Euro von den



eigentlich erforderlichen Aufwendungen abgezogen werden, in der Hoffnung, dieses Geld unterjährig irgendwie einsparen zu können.

Meine Damen und Herren, Sie sehen, aus Haushaltsplanung wird Haushaltslotterie, aber etwas anderes bleibt uns nicht übrig und etwas anderes bietet uns das Land nicht an. Hinzu kommt die vermutlich nie dagewesene Situation, dass wir zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht wissen, welches Haushaltsrecht im nächsten Jahr in NRW wirklich gelten wird. Aus diesem Grund wurde auch die Haushaltseinbringung verschoben, mit der Folge, dass wir ab sofort Einschränkungen durch die vorläufige Haushaltsführung hinnehmen müssen: Nicht vertraglich gebundene freiwillige Leistungen können nicht ausgezahlt, Stellen nicht in vollem Umfang besetzt, Beamte nicht befördert und eine Reihe von Bauprojekten nicht begonnen werden. Konkrete Beispiele sind etwa die Verschiebung der Radpendlerroute Uckerath oder die Reduzierung der Öffnungszeiten der Tourist-Info infolge einer nicht besetzten Elternzeitvertretung.

Die Kommunalministerin Scharrenbach war im August zu Gast in der Bürgermeisterkonferenz beim Landrat des Rhein-Sieg-Kreises. Sie hat das gehalten, was sie versprochen hat: im Grunde nichts.

Die nun angekündigten haushaltsrechtlichen Änderungen bringen für uns als Kommune in der Haushaltssicherung über die Steigerung um einen Prozentpunkt beim globalen Minderaufwand keine Erleichterung. Sie sollen mit Tricks vermeiden, dass weitere Kommunen in die Haushaltssicherung abrutschen. Der Brandbrief von über 350 Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern des Landes an den Ministerpräsidenten ist genauso verpufft, wie unsere im September im Hennefer Rat gefasste Resolution an Landesregierung, Landtagsfraktionen und örtliche Abgeordnete. Bis heute liegt einzig eine Antwort der oppositionellen SPD-Landtagsfraktion sowie eine Eingangsbestätigung der Staatskanzlei vom heutigen Tag vor.



Der Städte- und Gemeindebund hält in einer Antwort an die Landesregierung daher treffend fest: „Die einzig adäquate Lösung für die skizzierten Herausforderungen besteht in einem Abbau der strukturellen Unterfinanzierung der kommunalen Familie.“

Die Realität sieht – gerade in NRW - gänzlich anders aus. Während das Volumen des Landeshaushalts in 2024 um 7 Prozent steigt, steigen die Haushaltsmittel zugunsten der Kommunen gerade einmal um 0,3 Prozent - und das in Zeiten einer immer noch hohen Inflation. Die steigenden Ausgaben der Kommunen werden damit in keiner Weise kompensiert.

Es scheint, als überlässt man die Städte und Gemeinden ihrem Schicksal. Als Kommunen stehen wir immer am Ende der finanziellen Nahrungskette, aber ganz oben auf Platz 1, wenn es darum geht, kurzfristig auch schwierigste Aufgaben zu übernehmen und zu lösen.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

der Ernst der Lage scheint in Bund und Land noch nicht angekommen zu sein, unabhängig der parteilichen Prägung. Das liegt vermutlich auch an unserem Selbstverständnis als Kommunen, jede Aufgabe doch noch irgendwie zu erledigen, obwohl wir längst die weiße Fahne an den Rathäusern hissen müssten. Bitte nutzen Sie Ihre Kanäle in den Parteien, um auf die Lage hinzuweisen, die sich aus meiner Sicht dramatisch darstellt.

Unangenehme Entscheidungen für Leistungskürzungen und Einnahmeerhöhungen werden von Bund und Land an die Kommunen durchgereicht und damit an die ehrenamtlichen Kommunalpolitiker*innen vor Ort, die sich für ihre Stadt oder Gemeinde engagieren wollen, am Ende aber nur noch „entscheiden“ können, welche Leistung gestrichen, welches Angebot eingestellt oder welche Gebühr oder Steuer erhöht wird. Denn die Wahrheit ist: Die Schuldenbremsen in Bund und Ländern zahlen die Bürgerinnen und Bürger am Ende in den Kommunen, weil es dort nicht mehr anders geht. Die Wut entlädt sich an



den Bürgermeistern, ehrenamtliche Ratsmitglieder sehen sich dem Unverständnis ihrer Nachbarn ausgesetzt. Diese Aufgaben wird über kurz oder lang kaum noch jemand übernehmen wollen. Ein erster Gemeinderat ist bereits geschlossen zurückgetreten. Populistische und extreme politische Kräfte lauern nur darauf, dass sich die Lage weiter verschärft. Um es klar zu sagen: Wer weiter so mit der kommunalen Finanzausstattung spielt, legt die Axt an unser demokratisches System. Mich erfüllt das mit tiefer Sorge.

Ein Blick auf das Eigenkapital der Stadt zeigt, dass sich die heutige Situation seit langem entwickelt. 2008 betrug das Eigenkapital der Stadt noch 97,3 Mio. Euro. Im Jahr 2020 lag es nur noch bei 37,8 Mio. Euro. Ein Eigenkapitalverzehr von rund 60 Mio. Euro innerhalb von nur 12 Jahren.

In den letzten beiden Jahren konnten wir das Eigenkapital wieder um 4,8 Mio. Euro auf 42,6 Mio. Euro erhöhen, wozu zu einem erheblichen Teil die nun entfallenen Bilanzierungshilfen beigetragen haben.

Auch die Schulden für Investitionskredite (ohne rentierliche Schulden für Stromnetzankauf und „Gute Schule 2020“) konnten 2022 mit 74 Mio. Euro auf den Stand von 1998/99 zurückgefahren werden. Wir haben uns also auf einem guten Weg befunden. Die Jahresabschlüsse 2021 und 2022 sprechen diese Sprache. Der Gesamtabschluss der Stadt mit ihren städtischen Betrieben und Gesellschaften lag 2022 mit 5,22 Mio. Euro im Plus. Die Haushaltssicherung konnten wir aufgrund der negativen mittelfristigen Finanzplanung dennoch nicht verlassen.

Nun haben sich die Rahmenbedingungen durch die Inflation, die Kostensteigerungen, die wirtschaftliche Entwicklung, die zusätzlichen Aufgaben, die Entscheidungen des Landes und die Zinsentwicklung massiv verschlechtert.

Um es auf den Punkt zu bringen: Immer mehr Aufgaben bei massiv gestiegenen Preisen, Zinsen und Löhnen mit dem gleichen



Haushaltsbudget zu bewältigen, ist faktisch unmöglich und kann schlicht und einfach nicht funktionieren.

Was müsste nun passieren?

Das Land müsste seiner Verantwortung für die Kommunalfinanzen gerecht werden und den Anteil der Kommunen an den Einnahmen – wie vom Städte- und Gemeindebund gefordert - deutlich erhöhen, damit vor Ort genehmigungsfähige Haushalte aufgestellt und die übertragenen Aufgaben erledigt werden können. Nur so bleiben die Kommunen stark und handlungsfähig – und genau das braucht es in der Krise, um den Menschen Sicherheit geben zu können.

Was könnte passieren?

Wenn wir keinen genehmigungsfähigen Haushalt beschließen, wird die Stadt in der vorläufigen Haushaltsführung verbleiben – früher auch „Nothaushalt“ genannt. Unsere Handlungsfreiheit wäre massiv eingeschränkt. Es dürften nur noch gesetzlich und vertraglich verbindliche sowie unabweisbare Ausgaben getätigt werden. Investitionen wären stark auf das Nötigste begrenzt, genauso die Bewirtschaftung des Stellenplans. Freiwillige Aufwendungen etwa für die Vereine, im Kultur- oder Sozialbereich, bei Feuerwehr oder Schulsozialarbeit – all das wäre so nicht mehr einfach durchführbar.

Was wird nun passieren?

Wir werden im neuen Jahr in schwierige Haushaltsberatungen einsteigen und gemeinsam als Rat und Verwaltung beweisen müssen, dass wir dieser Situation gewachsen sind.



Der vorgelegte Haushaltsentwurf ist nicht genehmigungsfähig, da das Defizit trotz intensiver Sparbemühungen aufgrund der beschriebenen Entwicklungen weiter besteht. Der Entwurf ist in seiner jetzigen Form bereits „ausgequetscht“. Wo man früher vielleicht etwas großzügiger kalkuliert hat, ist heute nach dem Prinzip Hoffnung kalkuliert, um weitere „Tropfen“ herauszubekommen.

Eingerechnet sind zudem Ertragssteigerungen im Bereich der Gewerbesteuer (mit einer Anpassung von 500 auf 520 Hebesatzpunkte) sowie – wie in der Haushaltskommission thematisiert – die Anhebung von verschiedensten Gebühren, die teilweise bereits heute auf der Tagesordnung stehen und teilweise zu einem späteren Zeitpunkt zu beraten und beschließen sind. Es wird damit an vielen Stellen teurer werden müssen. Die städtischen Leistungen können von dieser Entwicklung nicht ausgenommen sein. Anderenfalls steigt das Defizit weiter.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

dieser Haushaltsentwurf ist das „Preisschild“ für all das, was bestellt wurde. Zumeist durch übergeordnete Ebenen, also durch Aufgabenübertragung von Bund und Land. Zu einem geringeren Anteil durch die Beschlüsse des Rates etwa bei den freiwilligen Aufwendungen oder bei der Festlegung von Standards. Dieses Paket ist günstiger nicht zu haben. Als Verwaltung müssen wir die Beschlüsse des Rates umsetzen und können daher nur diesen Entwurf zur Beratung vorlegen.

Die seit dem Frühjahr tagende Haushaltskommission der Fraktionen hat im Ergebnis zu keiner nennenswerten Einsparung geführt. Die einzig verabredete Einsparung durch die nächtliche Abschaltung der Straßenbeleuchtung wurde durch Beschluss des Rates wieder aufgehoben. Allein das macht – grob gerechnet – rund 8 Grundsteuer-Hebesatzpunkte aus.



Wenn die Haushaltskommission dann doch ein Ergebnis gehabt haben sollte, ist es vielleicht die Erkenntnis, dass es mit dem Sparen eben nicht so einfach ist. Ich denke, alle Fraktionen haben die Schwierigkeiten gesehen. Einfache Antworten verbieten sich. Vielleicht sorgt dieses Verständnis angesichts der schwierigen Lage für ein konstruktives und ergebnisorientiertes Miteinander.

Der Haushaltsentwurf weist ein Defizit und keinen neuen Grundsteuerhebesatz aus. Dieser muss Ergebnis der Haushaltsberatungen sein. Wir gehen die Fragestellung anders an als andere Kommunen: Hebesätze stehen am Ende der Beratungen und nicht am Anfang. Die Erhöhung möglichst gering zu halten ist das Ziel. Die Logik ist einfach, aber bitter: Was nicht eingespart werden kann, muss als zusätzlicher Ertrag oben draufkommen, um die gesetzlichen Vorgaben erfüllen zu können.

Dabei fällt der Blick schnell auf die freiwilligen Leistungen, d.h. alle Ausgaben, zu denen keine gesetzliche Verpflichtung besteht. Freiwillig bedeutet dabei aber eben nicht unwichtig. Denn wer würde ernsthaft die Bedeutung von Schulsozialarbeit, einer Bibliothek, einer Musikschule, der Förderung von offener Jugendarbeit oder Kulturprojekten, sozialen Projekten im Bereich Teilhabe und Integration in Zweifel ziehen? Der Anteil rein freiwilliger Leistungen am Haushalt beträgt im Saldo von Ertrag und Aufwand rund 2,3 Mio. Euro. Selbst ein Kahlschlag würde das Haushaltsproblem folglich nicht lösen.

An dieser Stelle möchte ich einen Blick auf die Investitionen werfen, denn unsere Stadt steht auch in diesem Bereich vor großen Herausforderungen, die wir priorisieren müssen: Sanierungsstaus im Bereich Schulen und Kitas, weiterer Ausbau des Kita- und OGS-Angebots, die Verkehrswende, Klimaschutz und Klimaanpassung, Feuerwehr und Bevölkerungsschutz.



Wir wissen um die Zukunftsaufgaben, die vor uns liegen und haben auch in vielen Bereichen konzeptionell die Weichen gestellt. In der heutigen Sitzung z.B. mit dem Beschluss des Masterplan Mobilität, aber auch mit dem Digitalisierungskonzept, mit der Fortschreibung des Klimaschutzkonzeptes, dem aktuell vorgelegten Hitzeaktionsplan, der Bedarfsplanung für den Ausbau des Offenen Ganztags oder der Aufstellung des Klimaanpassungskonzeptes für Hennef. Wir wissen, was zu tun ist und wir haben die richtigen Ideen und Konzepte, was fehlt sind ausreichend Personal und die notwendigen finanziellen Mittel. Womit wir wieder bei der Finanzausstattung der Kommunen wären. Wir sind am Ende leider gezwungen, eine strukturelle Mangelwirtschaft zu betreiben.

Die Investitionslisten mit einer Nettoneuverschuldung von 1,21 Mio. Euro (nur aus Kreditlinienverschiebungen 2021 bis 2023) in 2024 bestehen fast ausschließlich aus bereits mit breiten Mehrheiten beschlossenen Projekten und absoluten Notwendigkeiten. Ich möchte nur einige Punkte zu den Schwerpunktthemen Bildung, Sicherheit und Nachhaltigkeit herausgreifen:

Ein Schwerpunkt liegt in der Stärkung des **Bildungsstandorts** Hennef. Nach dem in diesem Jahr erfolgten Ankauf steht nun der Umbau des ehemaligen „Conet“-Gebäudes zu einer modernen Förderschule an. Dafür sind 4,13 Mio. Euro veranschlagt, denen 2,2 Mio. Euro Fördermitteln gegenüberstehen. Nach dem Umzug der Förderschule, möglichst in den Sommerferien 2025, kann die dringend notwendige Fassadensanierung am Schulstandort in der Hanftalstraße starten, die für zwei Gebäudekomplexe mit rund 7,52 Mio. Euro zu Buche schlägt.

Die nächste Schule lässt nicht lange auf sich warten und so tauchen auch erste Planungskosten für die Fassadensanierung des Gymnasiums in der Finanzplanung ab 2025 auf, so dass beide Maßnahmen finanziell und personell nur nacheinander zu stemmen sind.



Rund 5,8 Mio. Euro werden für den Neubau der nicht mehr sanierbaren Sporthalle an der Hanftalstraße mit ersten Planungskosten ab 2024 benötigt. Hier hoffen wir weiterhin auf eine Bundesförderung in Höhe von 75 Prozent der Kosten.

Die Kastaniengrundschule in Söven soll mit Blick auf die OGS-Kapazitäten zunächst zusätzliche Räume im alten Feuerwehrhaus sowie später einen mit 3,7 Mio. Euro veranschlagten Erweiterungsbau mit Mensa auf dem Schulgelände erhalten.

Die Planungen für eine weitere Kita an der Meiersheide in Hennef schreiten ebenfalls voran. Das Bebauungsplanverfahren läuft. Die Baukosten sind ab 2025 mit 5,2 Mio. Euro angesetzt. Fördermittel werden derzeit in Höhe von 2,6 Mio. Euro erwartet.

Im Bereich der **Sicherheit** gehen wir den Weg der Stärkung unserer Freiwilligen Feuerwehr weiter. Die Beschaffung von Fahrzeugen und Gerät für die Feuerwehr wurde bei den Einsparungen ausgenommen. Der Haushalt enthält die abschließenden Kosten für den insgesamt 8,2 Mio. Euro teuren Neubau des Feuerwehrhauses in Stadt Blankenberg sowie rund 3,37 Mio. Euro für die Schaffung des neuen Standortes Hossenberg, um die Einsatzzeiten im Stadtgebiet gemäß dem Brandschutzbedarfsplan erfüllen zu können. An dieser Stelle sei erwähnt, dass dieses wichtige Projekt nur mit Genehmigung des Haushalts 2024 starten kann.

Im Bereich der **Nachhaltigkeit** stehen für die Umsetzung der Ziele des Masterplan Mobilität je 100.000 Euro investiv und konsumtiv zur Verfügung – aufgrund der Haushaltssituation ist das nur ein Bruchteil des eigentlich erforderlichen Budgets zur Erreichung des ambitionierten Zielszenarios. Die Planungskosten sowie ab 2025 die Baukosten für die Radstation am Bahnhof stehen mit 4,1 Mio. Euro bei einer Bundesförderung von 3,67 Mio. Euro im Finanzplan. Die europaweite Planer-Ausschreibung läuft derzeit. Weitere Projekte der Verkehrswende finden sich in den Tiefbau-Investitionen etwa in Form von neuen



Gehwegen, der Radpendlerroute Uckerath, der Aufwertung des Park&Ride-Platzes am Bahnhof Blankenberg zur Mobilstation sowie des Umbaus des Schulcampus infolge des Verkehrsversuch für rund 610.000 Euro.

Auch die - leider ohnehin geringen - Mittel für Klimaschutzprojekte sind weiterhin enthalten und können im nächsten Jahr ggfs. für den Eigenanteil zur Begrünung der Bonner Straße genutzt werden. Der Baubetriebshof soll eine Photovoltaikanlage erhalten, bei der wir mit einer Förderung von 90 Prozent der insgesamt 100.000 Euro rechnen.

Das stetige und oftmals erfolgreiche Bemühen der Stadtverwaltung um Fördergelder von EU, Bund und Land, um überhaupt noch wichtige Projekte in Gang bringen zu können, zeigt sich erneut auch im Haushaltsplan: Radstation, PV-Anlagen, Kita- und OGS-Ausbau, kommunale Wärmeplanung, Klimaanpassung, Stadtmauersanierung und viele Bereiche mehr. Hohe Summen fließen aus der Städtebauförderung in die Projekte des Integrierten Handlungskonzeptes Stadt Blankenberg, dessen Umsetzung der Rat mit breiter Mehrheit beschlossen hat, um die historischen Anlagen für die Zukunft zu sichern und einen Mehrwert für die Henneferinnen und Hennefer zu schaffen.

Noch nicht politisch beschlossene Maßnahmen sind u.a. die dauerhafte Sicherung und Sanierung des Landgasthof Bröl mit 400.000 Euro in 2024 sowie der Umbau des alten Feuerwehrhauses in Söven für insgesamt rund 2,5 Mio. Euro ab 2025 zur Nutzung durch Vereine und Dorfgemeinschaften. Auch wenn dies – mit Ausnahme der schulischen Nutzung in Söven - eine klassische freiwillige Leistung darstellt, braucht es Gemeinschafts- und Begegnungsräume auch in den Dörfern. Für beide Projekte soll ein Förderantrag für das Programm Dorferneuerung (jeweils max. 250.000 Euro) gestellt werden.

Ein Hinweis ist an dieser Stelle noch wichtig: Eine Reihe der genannten Projekte kann nicht im vormals vorgesehenen Zeitrahmen umgesetzt



werden, weil die voraussichtlich mindestens bis Mai andauernde vorläufige Haushaltsführung den Beginn neuer Investitionsprojekte ausbremst.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

diese Zukunftsinvestitionen hängen damit von der Verabschiedung und Genehmigung des Haushaltes 2024 ab. Genau das ist im neuen Jahr unsere gemeinsame Aufgabe. Diese Aufgabe ist schwer und undankbar. Sie wird angesichts der erkennbar unpopulären Entscheidungen keinen Applaus ernten, vielleicht sogar das Gegenteil. So eine Aufgabe, von der man am liebsten absieht oder die man gerne anderen überlässt. Andere gibt es aber nicht.

Es gibt höchstens die anderen, die schon warten, die Situation auszunutzen: Die Populisten und Extremisten mit den vermeintlich einfachen, aber immer falschen Antworten.

Es geht darum, unsere Stadt und unsere Stadtgesellschaft nicht kaputt zu sparen und gleichzeitig die Bürgerinnen und Bürger nicht untragbar zu belasten.

Ich fordere Sie alle auf, sich nicht wegzuducken, sondern unserer gemeinsamen Aufgabe gerecht zu werden. Unsere Aufgabe als Verwaltung und als Politik (egal ob Mehrheit oder Minderheit) ist, dass der Laden weiterläuft. Diese Sicherheit müssen wir den Henneferinnen und Hennefern, aber auch den engagierten Kolleginnen und Kollegen der Stadtverwaltung geben, die unter wirklich schwierigen Bedingungen jeden Tag unter Beweis stellen, wie leistungsfähig unsere Verwaltung ist. Der Laden muss laufen. Das wird er auch, dafür werden wir sorgen. Mit Pragmatismus, mit Kollegialität, mit dem gemeinsamen Willen, Hennefs Zukunft zu gestalten und mit Zuversicht.



Vielleicht ist es etwas hochgegriffen, aber lassen Sie uns gemeinsam diese schwierigen Haushaltsberatungen zu einem guten Beispiel für konstruktive Problemlösung unter demokratischen Parteien machen.

Das wäre das Zeichen, das unsere Demokratie, das unsere Stadt jetzt braucht.